Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

# Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

## DFG Projekt Die Grenzboten

# Die Grenzboten

## Berlin u.a., 1841 - 1922

Saarländer: Frankreichs Saarpolitik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Visual Library

# Frankreichs Saarpolitik

## Vom Saarländer

In ihrem Oktoberheft schreibt die „Revue de Paris": In einem Gebiet kommt der Versailler Vertrag voll und ganz zur Anwendung und zwar zum Vorteile Frankreichs: im Saargebiet. Durch den Friedensvertrag wurde es als autonomes Gebiet von Deutschland getrennt und wird 15 Jahre lang von einer dem Völkerbund unterstehenden Regierungskommission — die die Stellung einer „Treuhänderin" des Deutschen Reiches einzunehmen verpflichtet ist (Anmerkung des Verfassers) — verwaltet."

Die vom Völkerbund ernannte Regierungskommission hat im Februar 1920 ihr Amt angetreten. Den Vorsitz führt ein Franzose, Staatsrat Rault. Nach einer anderen Äußerung obenerwähnter Zeitschrift hat die Kommission stets Beziehungen herzlicher Zusammenarbeit mit Frankreich unterhalten. Die Kommission hat ferner die Beibehaltung der französischen Truppen nicht als Besatzungstruppen, sondern als Garnisontruppen durchgesetzt. Triumphierend sagt das Blatt: „Sie hat weiterhin den deutschen Beamten jede Verbindung mit den rechtsrheinischen Organisationen abgeschnitten. Sie hat die Finanzautonomie geschaffen, in Saarlouis ein Landgericht gebildet, in Saarbrücken eine von der deutschen Verwaltung völlig getrennte, nur der Kommission unterstehende eigene Eisenbahndirektion gegründet. Endlich hat sie das freie politische Stimmrecht eingeführt, das den Vertretern des Landes ermöglicht, an seiner Verwaltung mitzuarbeiten." — Das entspricht nicht den Tatsachen. So wurde der deutsche Vertreter in der Saarregierung, Dr. Hektor, ohne Zutun der Bevölkerung auf seinen Posten berufen.

Es genügt diese eine französische Stimme für die Haltung der Regierungskommission im Saargebiet anzuführen; sie bedeutet in ihrer kurzen und prägnanten Fassung nichts anderes als den Beweis, daß die Regierungskommission ein rein französisches Machtinstrument, mithin gar nicht berechtigt ist, die Geschäfte des Saargebiets weiterzuführen, da nach dem Versailler Vertrage ausdrücklich bestimmt ist, daß das Saargebiet durch eine dem Völkerbunde unterstehende, unparteiische Kommission verwaltet werden soll, die als „Treuhänderin" Deutschlands zu gelten hat. In welcher Weise sie dieser Aufgabe gerecht geworden ist, zeigen am besten ihre bisherigen Maßnahmen und „Erfolge". Angefangen von den Beeinflussungen der Bevölkerung zur Wahlenthaltung bei den Wahlen zur Nationalversammlung Mitte Januar 1919 bis zur zwangsweisen Einführung der Frankenwährung und des obligatorischen französischen Sprachunterrichtes in den Volksschulen sind alle ihre Handlungen eine Kette systematischer Verwelschungsversuche, die als solche nicht genügend gekennzeichnet werden können. Die Mittel, deren man sich bei Durchführung dieser Pläne bediente, waren mitunter recht zweifelhafter Natur, da man sich nicht scheute, mit gefälschten Wahlaufrufen, Bestechungsversuchen von Geschäftsleuten durch Versprechen zollfreier Lieferung notwendiger und in Deutschland nicht oder nur zu übermäßigen Preisen erhältlicher Waren operierte, wenn sie sich für den Anschluß an Frankreich aussprächen. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ein Aufruf, der in ungeheuren Mengen anläßlich der Wahlen zur Nationalversammlung Januar 1919 in einer Reihe von Saarorten verteilt wurde, um die Bevölkerung zur Wahlenthaltung zu veranlassen. Unterzeichnet war dieser Aufruf der „Vertrauensausschuß"; Namen fehlten. Die ungehinderte Verteilung dieses Flugblattes wurde durch folgende Anweisung sichergestellt.

„Ne pas s'opposer à la distribution ou à l'affiche de cette proclamation faite par l'autorité française. — Aû besoin empêcher la population de la détruire.

17. Janvier 1919. p. le Ct du Canton.

(Unterschrift in Anfangsbuchstaben.)



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In der Übersetzung:

Vertraulich.

Der Verteilung oder dem Ankleben dieser von der französischen Behörde veranlaßten Flugblätter darf kein Widerstand geleistet werden. Nötigenfalls ist die Bevölkerung zu hindern, es zu vernichten.

17. Januar 1919.

Für den Kommandanten der Bürgermeisterei.
(Unterschrift in Anfangsbuchstaben.)

zit. Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens und des Versailler Vertrages. S. 26.

Auf die weiteren Beeinflussungsversuche der Bevölkerung näher einzugehen, ist im Rahmen eines Artikels nicht möglich, genauere Betrachtung verdient jedoch das Währungsproblem im Saargebiet, da dieses für die Zukunft des Landes von einschneidender Bedeutung ist.

Vor drei Jahren wurde der Franken zunächst durch das französische Militär im Saargebiet eingeführt, zuerst unbeachtet, weil er vorerst das Zahlungsmittel der Besatzung darstellte. Allmählich wuchs seine Bedeutung, und er wurde mehr und mehr entscheidend für die wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet. Ende Juni 1920 änderte sich die Lage sehr zugunsten der französischen Währung. Am 25. Juni legten die Arbeiter eines der größten saarländischen Stahlwerke die Arbeit nieder; ihr Beispiel wurde in fast allen Hüttenwerken befolgt. Die Geschichte dieses Streiks und seine Entwicklung kann hier nicht geschildert werden. Einer der Hauptgründe war jedoch der, daß die französische Bergverwaltung der Saarbergwerke nach vorheriger Verständigung mit der Regierungskommission des Völkerbundes beschlossen hatte, ab 1. Juli 1920 das gesamte Personal der Bergwerke in Franken zu entlohnen. Diese Entlohnung sollte dergestalt vor sich gehen, daß die in Franken ausgezahlte Löhnung um rund 25 Prozent höher ausfiel als die bisher in Mark geleistete. Ein geschickter Zug der systematischen Verwelschung des Saargebiets. Diese Einführung der Frankenwährung ging jedoch nicht reibungslos vor sich. Es ist interessant, festzustellen, daß ein Teil der sozialdemokratischen Bergarbeiter und sämtliche christlich organisierten Bergarbeiter seinerzeit gegen die Einführung der Frankenzahlung auf den Saargruben protestierte. Auch die Einführung der Frankenzahlung in der Hüttenindustrie des Saargebietes erfolgte erst nach heftigen Kämpfen innerhalb der sozialdemokratischen Metallarbeitergewerkschaft.

Normalerweise hätte die Frankenfrage hiermit zunächst ihren Stillstand gefunden. Das Unglück wollte es, daß der Franken weiter stieg und heute den höchsten Stand von 1919 bei weitem überschritten hat, wodurch die Bergleute und Bergbeamten verhältnismäßig glänzende Wirtschaftsbedingungen erlangten. Eine gewisse Unlust in den anderen Kreisen unterstützte die neu einsetzende Propaganda für den Franken, die sich einige gewissenlose Kreaturen — siehe „Franken-Becker" — sehr angelegen sein ließen. Unterstützt wurden diese Elemente durch die Saarregierung, die ihr wahres Gesicht gelegentlich der Forderung der Eisenbahner nach Gehaltserhöhung offenbarte. Der saarländische Verkehrsminister, der Däne Graf Moltke-Huitfeld, erklärte damals einer Abordnung saarländischer Eisenbahner, daß eine Erhöhung ihrer Bezüge in Mark nicht in Frage käme, daß sie eine wirtschaftliche Besserstellung nur durch Forderung der Frankenzahlung erzielen könnten. Die Eisenbahner lehnten diese Forderung ab. Eine Urabstimmung ergab, daß rund drei Viertel die Frankenzahlung ablehnten. Man verfiel jedoch wieder einmal auf eine der vielen unfairen Verfälschungsmittel, wie sie seitens der französischen Behörden gang und gäbe sind und berief diejenigen Eisenbahner, die für den Franken stimmten zu einer Versammlung ein, die nun auch das gewünschte Resultat erzielte, indem nämlich diesmal fast einstimmig Frankenzahlung gefordert wurde. Als dann auch noch



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Schwerindustrie und die öffentlichen Beamten Frankenzahlung erhielten, war ein großer Teil der Saarbevölkerung auf den Franken angewiesen. Im Geschäftsverkehr herrscht dagegen auch heute noch die deutsche Mark vor. Die natürliche Folge ist ein dauernder Frankenwechsel und mit ihm das Emporschießen zahlloser Wechselstuben und Bankfilialen, die das beste Geschäft machen. Zu bedauern sind nur die Pensionäre und Hinterbliebenen des Deutschen Reiches.

Durch die zwangsweise Verallgemeinerung des Franken ergeben sich schwierigste Probleme für das Saargebiet. Die Währungsfrage hängt mit der Budgetfrage engstens zusammen. Die Aufstellung eines Budgets, das Einnahmen und Ausgaben in zwei verschiedenen Währungen verzeichnet, deren gegenseitiger Kurs den größten Schwankungen unterliegt, begegnet äußersten Schwierigkeiten. Das wußte die Regierungskommission sehr genau, als sie anläßlich des letzten Beamtenstreiks bei den Kommunalbehörden auf Einführung der Frankenzahlung für die Beamten drängte. Es ist bekannt, daß etwa drei Viertel der Gemeinden, obwohl diese Verfügung nur acht Tage Bedenkzeit ließ, die Frankenzahlung ablehnten. Diejenigen, die annahmen, taten es nur unter dem ungeheuren Druck der Verhältnisse und unter Verkennung der Rechtslage. Selbst der Protest einer Abordnung der Saarbevölkerung an den Völkerbund, die die weitaus größte Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte, wurde von der Regierungskommission nicht beachtet. In dem Protestschreiben hieß es unter anderem: „Der überwiegend größte Teil der gesamten Saargebietseinwohner einschließlich der werktätigen Bevölkerung, die ihre Vertretung in den politischen Parteien haben, bekunden ihren entschiedenen Willen dahin, daß sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gegen jede weitere Einführung des Franken in nachdrücklicher Weise ihre Stimme erheben."

Demokratische Partei Deutschlands, Deutschnationale Volkspartei (Christlich-Soziale Gruppe), Liberale Volkspartei, Sozialdemokratische Partei, Zentrumspartei.

Sämtliche Kreistage des Saargebiets haben ebenfalls die Frankenzahlung abgelehnt, sämtliche Wirtschaftskreise des Saargebiets haben in einer ausführlichen Denkschrift den Nachweis erbracht, daß eine weitere Verbreitung der Frankenwährung im Saargebiet die gesamte Wirtschaft lahmlegen müsse. Trotzdem hat erst wieder am 15. November d. J. der Vorsitzende der Regierungskommission, Rault, an die Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken das Ansinnen gestellt, die Frankenzahlung auch auf die Kommunalangestellten und -Arbeiter auszudehnen. Wie anzunehmen lehnte die Versammlung dies gegen fünf kommunistische und unabhängige Stimmen ab.

Die Folge wird sein, daß die Regierungskommission ihrem Willen einfach durch eine Verfügung Geltung verschafft. Eine weitere Folge wird sich zwangsläufig ergeben, die Einführung der Steuerzahlung in Franken, da die Kommunalverwaltungen bei den Kursgegensätzen durch Zahlung in Franken und Einnahmen in Mark unter der Last ihres Defizits einfach zusammenbrechen müßten.

Die Regierungskommission des Saargebietes stellt sich so als ein Instrument der französischen Annexionspolitik dar, die nichts mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages zu tun hat. Durch Verordnungen, wie die oben erwähnten, die nur im Interesse Frankreichs unternommen werden, und durch die andererseits die deutsche Bevölkerung in ihrer bürgerlichen, moralischen und politischen Freiheit geschädigt wird, kennzeichnet sich die Regierungskommission, die „Treuhänderin" des Deutschen Reichs, als rein französisches Machtinstrument.

---



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG